



Seminarangebot

Grundlagen des Bauplanungsrechts für kommunale Mandatsträger

Kennziffer	Termin	Ort	Ort	Preis
B905	auf Anfrage	1 Tag	Inhouse	auf Anfrage

Zielgruppe: neu gewählte Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie für Ratsmitglieder, die ihre Kenntnisse auffrischen möchten

Leitung: Marko Siegler
Fachbereichsleiter Bau und Liegenschaften Amt Neverin

Beschreibung:

Das eintägige Seminar vermittelt kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern einen verständlichen und praxisnahen Überblick über die rechtlichen Grundlagen der Bauleitplanung und ihre Rolle im planungsrechtlichen Entscheidungsprozess.

Im Mittelpunkt steht die Einordnung der kommunalen Planungshoheit im System des öffentlichen Baurechts sowie die wesentlichen Regelungen des Baugesetzbuch (BauGB). Die Inhalte werden in strukturierter und gut verständlicher Form dargestellt. Ziel ist es, Ihnen eine Orientierungssicherheit für politische Entscheidungsprozesse zu vermitteln. Das Seminar ist als Grundlagenveranstaltung konzipiert: Es vermittelt die Systematik und die rechtlichen Leitplanken kommunaler Entscheidungen.

Inhalte:

- Einführung in das öffentliche Baurecht:
 - Abgrenzung Bauplanungsrecht / Bauordnungsrecht vom privaten Baurecht.
 - Systematik und Rechtsquellen
 - Bedeutung der kommunalen Planungshoheit für die Städte und Gemeinden
 - Einbindung der kommunalen Bauleitplanung in das Planungssystem Deutschlands.
- Bauleitplanung in der Praxis:
 - Flächennutzungsplan und Bebauungsplan
 - Verfahrensgrundzüge der Bauleitplanung
 - Rechtswirkungen, Bindungswirkungen und Regelungsinhalt
 - Aufstellungsverfahren
 - informelle städtebauliche Pläne

- Zulässigkeit von Vorhaben nach den §§ 29, 30, 31, 33, 34, 35, 36 BauGB:
 - Bauplanungsrechtliche Gebietskategorien
 - der Begriff des (Bau) Vorhabens
 - Vorhaben im Geltungsbereich eines Bebauungsplans und dessen Verknüpfung zum Baugenehmigungsverfahren
 - Vorhaben innerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles (unbeplanter Innenbereich) und dessen Verknüpfung zum Baugenehmigungsverfahren
 - Vorhaben im Außenbereich und dessen Verknüpfung zum Baugenehmigungsverfahren
 - Ausnahmen und Befreiungen und dessen Verknüpfung zum Baugenehmigungsverfahren
 - Zulässigkeit von Vorhaben während der Planaufstellung und dessen Verknüpfung zum Baugenehmigungsverfahren
 - gemeindliches Einvernehmen
 - typische Prüfungsstruktur

- sonstige Planungsinstrumente der Gemeinde
 - Innenbereichssatzungen (§ 34 Abs. 4 bis 6 BauGB)
 - die Klarstellungssatzung
 - die Entwicklungssatzung
 - die Ergänzungssatzung
 - Außenbereichssatzung
 - Aufstellungsverfahren

- Sicherung der Bauleitplanung:
 - Veränderungssperre
 - Zurückstellung von Baugesuchen

- Überblick über den Bauturbo
 - Befreiungen nach § 31 Abs. 3 BauGB
 - Befreiungen vom Einfügungsgebot nach § 34 Abs. 3a und 3b BauGB
 - Befristete Sonderregelungen für den Wohnungsbau nach § 246e BauGB

- Praxisfälle aus dem kommunalen Bauamt:
 - Fallbeispiele aus der gemeindlichen Planungspraxis
 - typische Fehlerquellen und Bearbeitungshinweise

Bitte bringen Sie mit: Landesplanungsgesetz M-V, Landesbauordnung M-V, Kommunalverfassung M-V, BauGB, BauNVO